

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44

## **Leitantrag für LMV am 14. September 2018 in Bremen**

### **Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes? und nachhaltiges Europa**

Die Europäische Integration bietet Menschen im Westen seit über 70 Jahren und im Osten seit fast 30 Jahren echten Frieden und Freiheit! Wir Grüne wissen diese herausragende Leistung der Europäischen Union zu schätzen! Wir haben nicht vergessen, dass der Startpunkt des europäischen Einigungsprozesses auf dem Schlachtfeld zweier Weltkriege und der Millionen Toten des Holocaust liegt. Wir haben nicht vergessen, dass die Ost-Erweiterung des Einigungsprozesses in den schmerzhaften Erfahrungen mit den kommunistischen Diktaturen motiviert liegt. Wir haben die Euphorie darüber nicht vergessen, dass die europäischen Nationalstaaten gelernt haben Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen! Wir sind deshalb der festen Überzeugung, dass die europäischen Institutionen der einzig richtige Ort sind, um Konflikte zu lösen, auch und insbesondere wenn es schwierig und das gegenseitige Verständnis nur schwer aufzubringen ist.

Wir sind überzeugt, dass wir Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent nur gemeinsam in europäischer Zusammenhalt erhalten können. Wir sind überzeugt, es ist Zeit Freiheit und Demokratie zu schützen und zu stärken. Die Europäische Union ist für uns Grüne ein von fundamentalen Werten geprägtes Einigungsprojekt. Die EU steht *für* Menschenrechte, *für* Gleichberechtigung, *für* Solidarität, *für* Rechtsstaatlichkeit und *für* Demokratie. Wir wollen dieses von freiheitlichen Werten geprägte Europa zusammenhalten!

### **Wir stehen zu unseren Werten und unserer Verantwortung**

Mit großer Sorge sehen wir das kontinuierliche Erstarken rechtsnationaler, rechtsextreme und autoritärer Kräfte, die die Europäische Union als politisches Projekt und europäische Werte als Grundlage von liberalen Demokratien offen bekämpfen. Wir lehnen ebenfalls die Politik der nationalkonservativen Regierungen ab, denn sie geprägt von der Diskriminierung ethnischer Minderheiten, Einschränkungen der Pressefreiheit, von Frauenrechten und durch die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien. Wir halten in diesen Fällen die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens für richtig und geboten. Angesichts der Zunahme von nationalen Politiken, die den EU-Grundrechten widersprechen, fordern wir wirksamere Konsequenzen bei Demokratieabbau in den Mitgliedsstaaten. Wenn die Gewaltenteilung aufgehoben, Pressefreiheit und -pluralität beschränkt oder Minderheiten systematisch diskriminiert werden, dann sollten europäische Gelder in Zukunft nicht mehr an die nationalen Regierungen, sondern direkt an die Kommunen und Regionen vergeben werden, die sich weiterhin für europäische Rechtsstaatsprinzipien einsetzen.

45

46 International stehen wir vor dramatischen Herausforderungen. Kriege und Konflikte  
47 haben sich in der Nachbarschaft der Europäischen Union verschärft. Die Politik der  
48 neuen Autokraten von Trump, über Erdogan bis Putin stellt die EU vor neue Aufgaben,  
49 die gemeinsames Handeln dringend erforderlich machen. Wir wollen, dass die EU  
50 mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen  
51 Weltordnung übernimmt. Nur wenn wir enger und koordinierter zusammenarbeiten,  
52 auch in Fragen der Verteidigung, können wir unseren Teil dazu beitragen die Welt ein  
53 Stück sicherer zu machen. Wir Grüne stehen für die Stärkung des internationalen  
54 Rechts, der multilaterale Politik und für eine wertegeleitete Außen- und  
55 Sicherheitspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union  
56 verankert und in die NATO eingebettet ist.

57

58 Auch in der nahen Nachbarschaft muss die EU ihrer Verantwortung gerecht werden.  
59 Die europäischen Grundrechte müssen sich in der Außenpolitik widerspiegeln. Wir  
60 schlagen deshalb vor, dass die EU ihre Fähigkeiten in der gemeinsamen Außenpolitik  
61 ausbaut und die Beteiligung des Europäischen Parlaments ausgebaut wird. Außerdem  
62 fordern wir eine faire Entwicklungs- und Handelspolitik mit den Ländern des globalen  
63 Südens. Dazu müssen die Freihandelsabkommen mit sogenannten  
64 Entwicklungsländern (EPAs) evaluiert und wenn nötig neu verhandelt werden. Die  
65 positiven Ergebnisse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dürfen nicht von  
66 den EPAs konterkariert werden.

67

68 Die ursprünglich ambitionierte Mittelmeerpolitik der Europäischen Union erschöpft sich  
69 inzwischen in Grenzschutzmanagement und in bilateralen Abkommen zur  
70 Verhinderung von Migration. Die geplante Verlagerung von Asylverfahren in  
71 Drittstaaten, Auffanglager in Libyen und die Ausweitung der europäischen Liste der  
72 sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Wir fordern eine Rückkehr zu nachhaltiger  
73 Nachbarschaftspolitik, die nicht die Abwehr von Flüchtlingen über die Menschenrechte  
74 stellt. Wir betonen: das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht! Wir treten für eine  
75 europäisch koordinierte Seenotrettung von Geflüchteten ein und lehnen die  
76 Kriminalisierung der privaten Hilfsorganisationen ab. Das Sterben im Mittelmeer muss  
77 ein Ende haben! Ultimatives Ziel gemeinsamer EU-Außenpolitik muss die Bekämpfung  
78 von Fluchtursachen in den Herkunftsländern sein. Wir brauchen dringend kontrollierte  
79 und sichere Wege für Flucht und koordinierte Einwanderung in die EU. Wir fordern  
80 weiterhin eine solidarische Verteilung von Geflüchteten unter den Mitgliedsstaaten der  
81 EU.

82

83

84 **Wir setzen weiter auf Solidarität und kämpfen gegen nationalen Protektionismus**  
85 Frieden, Freiheit und Wohlstand - das sind die Gründungsversprechen der  
86 europäischen Einigung. Um wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa  
87 auszugleichen, sind – vor allem nach den sozialen Spannungen in Folge der  
88 Finanzkrise – noch viele Anstrengungen nötig. Einen Wettlauf nach unten, um sich  
89 vermeintliche Wettbewerbsvorteile zu sichern, sei es bei den Steuern, bei den Löhnen

90 oder beim Umweltschutz, lehnen wir ab. Auch hier sind wir überzeugt, es geht nur  
91 gemeinsam! Wir wollen daher europäische Investitionen anschieben, die soziale Säule  
92 der EU stärken und einen europäischen Rahmen für existenzsichernde Mindestlöhne  
93 in den Mitgliedsstaaten schaffen. Die Vorschläge für eine europäische  
94 Arbeitslosenversicherung halten wir für geeignet, um die soziale Absicherung der  
95 Menschen in Europa zu fördern. Wir wollen mehr europäische Unterstützung für die  
96 Ausbildung und den Übergang ins Berufsleben gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit  
97 in einigen Ländern der EU.

98

99 Zu einem funktionierenden Binnenmarkt gehört beim heutigen Integrationstand eine  
100 demokratische und solidarische Eurozone. Wir wollen den Euro endlich krisenfest  
101 aufstellen. Das heißt, die Bankenunion mit einem System der Einlagensicherung zu  
102 vollenden, eine Abfederung von asymmetrischen wirtschaftlichen Schocks zu  
103 ermöglichen, eine Demokratisierung des Europäischen Rettungsmechanismus durch  
104 eine Überführung in einen europäischen Währungsfonds unter parlamentarischer  
105 Kontrolle des EP.

106

107 Wir sind überzeugt, nationaler Protektionismus läßt sich am besten mit  
108 grenzüberschreitendem Austausch bekämpfen. Ein bewährter Weg war und ist dabei  
109 der transnationale Austausch über Jugend- und Bildungsprogramme. Insbesondere  
110 Hochschulen können wichtige Europäisierungsprozesse vorantreiben. Das haben die  
111 bisherigen Erfolge des EU-Mobilitätsprogramms Erasmus+ und die europäischen  
112 Hochschul- und Forschungsk Kooperationen überzeugend gezeigt. Wir wollen allen  
113 jungen Menschen die Möglichkeit bieten Europa kennen- und lieben zu lernen. Wir  
114 begrüßen daher die Vorschläge der Kommission zur Aufstockung und Ausweitung des  
115 Erasmus-Programms, unterstützen den Europäischen Solidaritätsdienst, die  
116 europäischen Freiwilligendienste und die Etablierung von „Europäischen  
117 Universitäten“ als zentrale Elemente für die Fortentwicklung des europäischen  
118 Einigungsprozesses. Insbesondere die „Europäischen Universitäten“ könnten die  
119 notwendige Struktur bereitstellen, um die großen europäischen Herausforderungen,  
120 wie Lösungen zur Energieversorgung, Fragen zum Umweltschutz und der Erreichung  
121 der Klimaziele, besser zu bewältigen.

122

123

#### 124 **Europa begrünen mit Innovation und Kreativität**

125 Klimaschutz ist die zentrale und gemeinsame Aufgabe aller in der Europäischen  
126 Union! Die EU muss ihre Vorreiterrolle im weltweiten Klimaschutz einnehmen.  
127 Möglichkeiten einer ambitionierten EU-Klimapolitik gibt es genug: Ausstieg aus der  
128 Kohle, Ausweitung des Emissionshandels und Verteuerung der Zertifikate, Festlegung  
129 strengerer Abgasnormen, Förderung erneuerbarer Energien und  
130 Nutzungsmöglichkeiten von Fernwärme, Regelungen zur Vermeidung von Plastik,  
131 Bedingungen für eine gelingende Kreislaufwirtschaft, Ausbau des Schienenverkehrs  
132 und die Wiedereinführung von europäischen Nachtzügen von Amsterdam über Danzig  
133 nach Ljubljana, statt der Subventionierung von Billigflügen!

134

135 Als Küstenregion liegt der Klimaschutz in unserem ureigenen Interesse. Wir schaffen  
136 daher regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur Müllbekämpfung,  
137 zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und dem Ausbau  
138 nachhaltiger, grüner Häfen. Die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele ist uns  
139 besonders wichtig. Bremerhaven soll noch vor Bremen CO2-neutrale Stadt werden.  
140 Bremen ist seit 1992 aktives Mitglied von „Klima- Bündnis/Climate Alliance e.V.“, der  
141 zentralen Stimme von 1.700 Kommunen in Europa, die Entwicklung und Umsetzung  
142 alternativer Klimaschutz- und Anpassungs-Strategien auf lokaler/regionaler,  
143 europäischer und internationaler Ebene fördern. Den Erfahrungsaustausch wollen wir  
144 intensiver nutzen, um den Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven noch stärker als  
145 bisher voranzubringen.

146  
147 Um unseren Kontinent in eine gesündere Zukunft zu schicken, brauchen wir  
148 Innovationen und ambitionierte Forschung für grüne Energie, grüne Mobilität und  
149 grünes Wirtschaften. Wir wollen daher, dass das Nachfolgeprogramm des EU-  
150 Forschungsprogramm Horizon 2020 die europäische Energiewende als Schwerpunkt  
151 in die Förderlinien aufnimmt.

152

153

#### 154 **Gute Politik braucht ausreichende Finanzen**

155 Um die vielen anstehenden Aufgaben zu bewältigen muss der EU-Haushalt besser  
156 ausgestattet werden. Um die Einnahmen zu steigern, wollen wir, dass die EU neben  
157 der Finanztransaktionssteuer weitere Möglichkeiten erhält, eigene Steuern und  
158 Abgaben zu erheben: zum Beispiel eine Plastiksteuer, eine CO2-Steuer oder die  
159 Besteuerung von globalen Digitalunternehmen.

160

161 Unser Bundesland, insbesondere Bremerhaven, profitiert in hohem Maße von der  
162 Europäischen Förderpolitik, gerade in den Bereichen der Beschäftigungs- und  
163 Forschungsförderung. Die europäische Förderung hat u.a. das Ziel, den sozialen  
164 Zusammenhalt in Europa zu sichern. Dies befördert gerade im Bremer Westen, im  
165 Bremer Norden und Bremerhaven wichtige beschäftigungspolitische Initiativen. Wir  
166 erwarten, dass auch weiterhin alle Regionen der EU von diesen Fördermitteln  
167 profitieren. Dabei wollen wir die für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung  
168 stehenden Mittel zukünftig zielgerichteter einsetzen sowie effektiver und transparenter  
169 verwalten.

170

171 Der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte den Blick auf die aktuellen  
172 Herausforderungen richten und die Weichen für die Zukunft unter Einhaltung der  
173 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen stellen: mit sauberen  
174 Energieträgern, für verantwortungsvollen Konsum und nachhaltige Produktion, für  
175 gute Arbeitsbedingungen, nachhaltiges Wachstum und für den Klimaschutz.

176

177

#### 178 **Wir bewegen Europa in Bremen**

179 Grenzüberschreitende Kooperationen und Beziehungspflege gehören zum  
180 Selbstverständnis unserer Städte Bremen und Bremerhaven. Das zeigen nicht nur die  
181 weit verzweigten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, sondern auch die Vielzahl  
182 von intensiv gepflegten Städtepartnerschaften. Diese wichtigen Beziehungen, viele  
183 geknüpft noch in „kalten“ Zeiten, wollen wir weiter intensiv pflegen und ausbauen. Wir  
184 unterstützen dabei insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen wie z.B. die Queer  
185 Cities Initiative des CSD Bremen mit dem Verein Tolerado in Gdansk. Wir sind  
186 überzeugt diese Initiativen lassen Europa leben und lieben! Wir wissen, wir werden die  
187 Idee der europäischen Einigung nur erfolgreich fortführen können, wenn sich möglichst  
188 viele Menschen für sie einsetzen.

189  
190 Deshalb fördern wir die vielen europaspezifischen Vereine, Verbände und  
191 Organisationen in Bremen und Bremerhaven, die Europa erfahrbar machen und die  
192 mitunter schwierigen EU-Entscheidungsfindungen unermüdlich erklären und  
193 verständlich machen. Um es den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, mehr  
194 darüber zu erfahren, wer an politischen Entscheidungen wie mitwirkt, müssen  
195 europäische Entscheidungsfindungen transparenter gestaltet werden. Wir  
196 unterstützen daher die Forderung der europäischen Ombudsfrau das  
197 Abstimmungsverhalten im Ministerrat zu veröffentlichen. Nur so wird klar, wenn  
198 Regierungsmitglieder im eigenen Land das eine behaupten und das andere in Brüssel  
199 abstimmen.

200

201

### 202 **Wir wollen starke Grüne in einem solidarischen Europa!**

203 Im nächsten Jahr kommt es auf uns Grüne an! Im Frühjahr 2019 stehen die Wahlen  
204 zum Europäischen Parlament an. Wir wollen andere Mehrheitsverhältnisse im  
205 Europaparlament. Wir wollen weniger Rechtspopulisten und Rechtsextreme im  
206 Europäischen Parlament.

207

208 Wir wollen starke Grüne im Europäischen Parlament als starke Stimme *für*  
209 Menschenrechte, *für* Gleichberechtigung, *für* Solidarität, *für* Rechtsstaatlichkeit und *für*  
210 Demokratie.

211

### 212 **Dafür werden wir Grüne jetzt gemeinsam auf allen Ebenen kämpfen.**

213

214

215 AntragstellerIn: Henrike Müller, LAG Europa, Landesvorstand